

Dez. 18

Informationen der
Vereinten

Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich Bund + Länder

INFORMATION

ver.di macht sich im Bundesfinanzministerium für Attraktivitätssteigerungen im Zoll stark

ver.di hat sich in einem Gespräch mit dem für den Zoll zuständigen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (BMF) Dr. Rolf Böisinger sowie der Abteilungsleiterin III, Tanja Mildenerger, für strukturelle Verbesserungen im Bereich des Zolls ausgesprochen. Im Interesse der von ver.di vertretenen Zollbeamt*innen und Tarifbeschäftigten der Bundesfinanzverwaltung erneuerten die ver.di-Vertreter unter anderem ihre Forderungen nach einer Anhebung des Eingangsamts im mittleren Dienst, notwendigen Neueinstellungen sowie einem Ausbau der Aus- und Fortbildungskapazitäten.

Staatssekretär Böisinger zeigte sich den ver.di-Initiativen gegenüber aufgeschlossen und wies auf aktuelle Maßnahmen des BMF zur Verbesserung der Berufsperspektiven der Zollbeschäftigten hin.

Ein erster Erfolg für ver.di ist der Beschluss des Bundeshaushalts 2019, der Mittel für das Eingangsamt A 7 bereitstellt. ver.di wird nicht lockerlassen und sich für eine Hebung aller bereits in A 6 befindlichen Kolleg*innen auf A 7 einsetzen.



v. l. Stefan Adamski, Dr. Rolf Böisinger, Nils Kammradt, Helmut Schmedemann

Angesichts von ver.di-Forderungen nach einem Eingangsamt A 10 und besseren Perspektiven auch für den gehobenen Dienst verwies Böisinger auf die Planstellenbewilligungen und die dadurch entstehenden Beförderungsmöglichkeiten nach A12 und A13. ver.di erwartet, dass diese Gelegenheiten nun auch zeitnah umgesetzt werden.

Auch bei einem anderen Punkt reagiert der Gesetzgeber auf die Forderungen von ver.di. Bereits im Haushalt 2018 wurden 1.400 zusätzliche Stellen für die Zollverwaltung beschlossen. Mit dem gerade verabschiedeten Haushalt 2019 wird die Grundlage für gut 4.700 weitere Stellen in den kommenden Jahren geschaffen. Angesichts zahlreicher zu erwartender Altersabgänge sowie aufgabenwachsen und komplexer werdenden Tätigkeiten beim Zoll begrüßte ver.di diese Pläne. Dies gilt ebenfalls für geplante Stellenaufstockungen und den Ausbau der Befugnisse im Bereich der Sondereinheit Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS).

Gleichzeitig wies die ver.di-Delegation auf die dringend notwendige Stärkung der Aus- und Fortbildung und damit verbunden die Erweiterung der Ausbildungsstandorte hin. Als ein „Signal Richtung Zoll“ bezeichnete Böisinger vor diesem Hintergrund die geplante Erschließung zweier weiterer Ausbildungsstandorte und die Erhöhung der Einstellungsmöglichkeiten auf 2.000 Nach-



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Impressum: Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. V.i.S.d.P. Wolfgang Pieper
 Bearbeitung: Nils Kammeradt, Christian Hoffmeister

wuchskräfte pro Jahr. In der Standortfrage erfolge eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Außerdem sei derzeit ein Qualifikationskonzept in Vorbereitung, das Inhalt und Qualität der Ausbildung neu bewerten würde.

Zentrale Herausforderung bleibt für ver.di daneben die bessere Förderung von Tarifbeschäftigten. Dies erfordert gezielte Ausschreibungen für diese Statusgruppe. Die Ausübung hoheitlicher Tätigkeiten steht dem nach Auffassung von ver.di nicht entgegen. Der Staatssekretär betonte, dass das BMF die Weiterentwicklung der Tarifbeschäftigten im Blick habe. Eine Überprüfung inwieweit die Hoheitlichkeit von Aufgaben berührt sei, sei

im Übrigen Teil des Konzepts zum Ausbau der Beschäftigung im Bereich FKS.

Angesprochen wurde schließlich auch die nach wie vor große Kritik am Vorgehen des BMF bei der Neuerrichtung des Hauptzollamtes Hamburg. Böisinger sagte den ver.di-Vertretern spontan zu, die Hintergründe und Planungen zur Zusammenlegung der Hamburger Hauptzollämter bei nächster Gelegenheit vor Ort den Hamburger Kolleginnen und Kollegen detailliert darzulegen.

ver.di konnte durch ihren Einsatz bereits einige positive Schritte zur Steigerung der Attraktivität im Zoll erreichen. Auch zukünftig werden sich die Kolleg*innen engagiert für die Interessen der Zollbeschäftigten stark machen.

Beitrittserklärung Änderungsmittelung

Mitgliedsnummer



Vertragsdaten

Titel Vorname Name
 Straße Hausnummer
 Land/PLZ Wohnort

Staatsangehörigkeit
 Telefon
 E-Mail

Ich möchte Mitglied werden ab

 Geburtsdatum

 Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten
 Arbeiter*in Beamter*in erwerbslos
 Angestellte*r Selbständige*r
 Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden:
 Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen) bis
 Praktikant*in Dual Studierende*r Sonstiges
 Ich bin Meister*in/Techniker*in/Ingenieur*in
 Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

 Straße Hausnummer

PLZ Ort
 Branche
 ausgeübte Tätigkeit
 monatlicher Bruttoverdienst Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe
 €
 Monatsbeitrag in Euro
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro.

Ich wurde geworben durch:
 Name Werber*in
 Mitgliedsnummer
 Ich war Mitglied in der Gewerkschaft
 von bis

SEPA-Lastschriftmandat
 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
 Gläubiger-identifikationsnummer: DE612ZZ00000101497
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Zahlungsweise
 monatlich vierteljährlich zur Monatsmitte
 halbjährlich jährlich zum Monatsende
 Titel/Vorname/Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Straße und Hausnummer
 PLZ/Ort

BIC IBAN

Ort, Datum und Unterschrift

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!
 Personalnummer

Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:
 Ich stimme der Einrichtung meines Mitgliedsbeitrages im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren zu und willige in die Übermittlung der hierfür erforderlichen Daten zwischen meinem Arbeitgeber und ver.di ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber ver.di oder meinem Arbeitgeber widerrufen.

Ort, Datum und Unterschrift

Datenschutzhinweise
 Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an dienstbezugsbezogenen Auftraggeber weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die Datenschutzhinweise zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen